

Fränkische Schweiz

Abschaffen oder ignorieren

FINANZEN Rainer Kalwait von der „Allianz Bayerischer Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge“ wettete bei einem Vortrag in Ebermannstadt im Gasthaus „Zur Post“ gegen Falschinformation von oben.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
JOSEF HOFBAUER

Ebermannstadt – Als „Majestix“ stellte Moderatorin Sandra Dehler aus Coburg den Experten in Sachen Straßenausbau-Beitrags-satzungen, Professor Rainer Kalwait aus Weitraamsdorf vor. Das Bürgerforum Ebermannstadt hatte das Vorstandsmitglied der „Allianz Bayerischer Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge“ zu einem Vortrag nach Ebermannstadt in den Gasthof „Zur Post“ eingeladen.

Zuvor unterstrich Thomas Dorscht vom Bürgerforum: „Der Protest hat nichts mit der Bürgermeisterin zu tun. Wier würden uns auch wehren, wenn irgend ein anderer Bewerber die jetzige Situation zu verantworten hätte.“



Rainer Kalwait

Vor etwa 60 Zuhörern machte Professor Kalwait (71) deutlich, dass diese Einnahmequelle für Kommunen absolut verzichtbar sei. Das zeigten Beispiele aus anderen Bundesländern. In Baden-Württemberg habe es so etwas noch nie gegeben. Auch Berlin habe mit CDU und SPD-Mehrheit die Straßenausbau-Beitragsatzung als Einnahmequelle vor anderthalb Jahren abgeschafft.

Falsch-Aussagen

Den Stadt und Gemeinderäten werde gesagt: „Das muss so sein.“ „Aber das stimmt nicht“, behauptete Kalwait, der darauf verwies, dass in Niederbayern nur 39 Prozent aller Kommunen eine solche Satzung haben. Auch in Oberfranken seien nur 72 Prozent der Kommunen den Vorgaben der Aufsichtsbehörden gefolgt.

Die Aussage: „Wer auf Beitragserhebungen verzichtet, verzichtet auch auf Fördergelder wie Stabilisierungshilfen“ sei falsch. „Es kann zu einer Verweigerung führen, ist aber in ganz Bayern bislang noch nicht vorgekommen“, unterstrich Kalwait.

Als „leere Drohung“ bezeich-

nete er das Argument, wonach Stadt- und Gemeinderäte wegen Untreue belangt würden, wenn sie sich weigerten, eine Straßenausbau-Beitragsatzung zu erlassen. „Glauben Sie, dass die 60 Prozent niederbayerischer und 30 Prozent oberfränkischer Räte, die sich gegen eine solche Satzung ausgesprochen haben, eingesperrt werden?, fragte der streitbare Satzungs-Gegner, der Mandatsträgern die Hilfe des „Verbandes für gerechte Kommunalabgaben“ anbot. „Stadt- und Gemeinderäte hören auf uns“, bekräftigte Kalwait.

Den kenn ich!

Verunsichert argumentierte ein Zuhörer, dass Karl-Friedrich Hacker, der Rechtsanwalt der Stadt etwas ganz anderes erzählt, den Stadträten sogar mit Gefängnis gedroht habe, wenn sie keine Satzung erließen. „Den kenn ich“, erklärte Kalwait mit einer wegwerfenden Handbewegung. „Der hat in Weitraamsdorf schon mehrere Niederlagen vor dem Verwaltungsgericht eingefahren.“

Selbst Claudia Drescher, Referatsleiterin im bayerischen Innenministerium habe eingeräumt, dass es nicht Gepflogenheit des Ministeriums sei, Stadt- und Gemeinderäten mit dem Staatsanwalt zu drohen. Damit würden jene Mitarbeiter des Landratsamtes, die eine Drohkulisse aufbauten, Lügen gestraft, betonte der Referent.

Einmischung von oben

Die so genannten einmaligen Beiträge seien gar keine einmaligen Zahlungen, da Kommunen alle 25 Jahre Straßen erneuern und die Bürger zur Kasse bitten könnten. Aber auch die wiederkehrenden Beiträge, die Kalwait als Bürokratiemonster apostrophierte, seien keine Alternative. Hier müsse der Vorteil für den Bürger individuell nachgewiesen werden, was kaum möglich sei.

Die Belastung werden zwar gestreckt, sei in der Summe aber sogar höher als bei Einmalzahlungen. Die Starnberger Bürgermeisterin Eva John (Bündnis Mitte Starnberg, BMS) sprach in diesem Zusammenhang von der „nächsten Stufe der Einmischung der Landesregierung in



Die Hauptstraße, für die Ausbaubeiträge bezahlt werden sollten, ist bereits wieder marode. Foto: Josef Hofbauer

die Belange der Kommunen.“ Um den Geldbeutel der Bürger zu schonen, könnten Kommunen den Anteil der Bürger gegenüber der Mustersatzung, die von 70 Prozent umlagefähiger Kosten ausgeht (in Ebermannstadt sind es 80 Prozent) um bis zu 20 Prozent senken.

Man könne die Satzung aber auch aufheben oder komplett ignorieren. Das praktiziere Bürgermeister Jürgen Spahl (parteilos) aus Rednitzheimbach. Er habe diese Gemeinde übernommen, als sie unter Zwangsverwaltung des Landratsamtes stand und trotzdem die Straßen-

ausbau-Beitragsatzung abgeschafft.

Zutiefst unsozial

Diese Form der Beitragserhebung, so der Referent, sei zutiefst unsozial. Das werde Hausbesitzern, die keine Hypothek mehr bekommen, das letzte Geld abgezockt, das für die Alterssicherung bestimmt gewesen sei. Und: Die gesetzlichen Bestimmungen öffneten der Willkür Tür und Tor. Die Stadt könne völlig gesetzeskonform Straßen nach Belieben abrechnen. Beispiele aus anderen Städten gebe es dafür zuhauf.

Straßen-Neubauten nannte Kalwait eine „gigantische Steuerverschwendung“, an der nur die Ingenieurbüros und Bauunternehmen verdienten. Nicht umlagepflichtige Reparaturen seien genauso gut, halten genauso lange“, fand der Referent, der die Stadträte dazu ermunterte „Rückgrat zu zeigen“. Statt vorauseilenden Gehorsam gegenüber der Aufsichtsbehörde zu praktizieren, gelte es, den Willen der Bürger ernst zu nehmen. „Wer wieder gewählt werden will, hat dazu keine Alternative“, ergänzte Moderatorin Sandra Dehler.